

reien Verkehr und Handel auf englischem Gebiet sowie die Ueberweisung von Geldern an englische Banken gestattet, so werden die englischen Staatsangehörigen die gleichen Rechte in Russland erhalten, während die Räteregierung ihnen Bergwerkseinkommen unter der Bedingung überläßt, daß die mechanischen Mittel und das technische Personal gestellt werden.

Als der russische Wirtschaftsminister Krassin damals nach unbedeutendem Verlauf der Kopenhagener Verhandlungen in der Öffentlichkeit über die Sprödigkeit Englands Klage führte, erkannten manche sehr richtig, daß auch dies ein Mandat des Sowjetabgeordneten war. Die Meldungen von dem Vortrücken der Bolschewisten in Persien, von neuen Beziehungen zwischen Moskau und der panislamischen Bewegung, von einer englandfeindlichen Rede des Emirs von Afghanistan und endlich von einer bedrohlichen Drohung Indiens durch den Geist des Bolschewismus haben gezeigt, daß Lenin und Trotzki es heute noch genau so gut wie damals während der Berliner Verhandlungen verstanden, in Güte zu unterhandeln und gleichzeitig mit der Faust zu drohen. Die britische Regierung ist durch die unter der Arbeiterschaft des Inlandes herrschende Stimmung genötigt, mit den Sowjetabgeordneten zu verhandeln, versichert sich aber durch eben diese Verhandlungen in zunehmendem Maße die Sympathien der Polen, die mit Moskau im Kriege liegen. Auch Frankreich nimmt starken Anstoß an dem Entgegenkommen Englands gegenüber einem Lande, in dem die Millionen der französischen Später begraben liegen. Krassin kennt seine Ziele genau, und nimmt die Bedingungen entgegen, unter denen England zum Warenaustausch bereit wäre; Rückgabe der Gefangenen und Verzicht auf eine bolschewistische Propaganda in Richtung Indiens. Krassin verlangt Gleichberechtigung, Öffnung der britischen Grenzen für russische Geschäftsleute und der britischen Banken für russisches Geld. So soll England einen propagandistischen Waffenstillstand in Indien mit einer Inflation der bolschewistischen Renten- und Befreiungsgelder in das Mutterland bezahlen!

Lloyd George für Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland.

Lloyd George führte im Unterhause aus, die Alliierten hielten es für nötig, die Beziehungen zu dem Lande wieder herzustellen, das früher 25% der Lebensmittel Europas auszufuhrte habe. Es seien zweifellos Öl, Weizen und Kupfer in Russland vorhanden. Wenn man sich weigerte, mit Russland Handel zu treiben, solange es dort eine bolschewistische Regierung gebe, so würde man eine außerordentliche Dummheit begehen.

Eine neue deutsche Note zur Schiffsraumfrage.

Die deutsche Regierung, die bekanntlich bereits wiederholt bei der Entente wegen Verletzung des für die deutsche Wirtschaft unbedingt nötigen Schiffsraumes vorstellig geworden war, hat neuerdings der Reparationskommission in Paris am 4. d. M. eine Note überreicht, in der sie die Erwartung ausdrückt, daß die Reparationskommission nunmehr dem Antrag auf Befreiung von Schiffsraum ungefährdet stattgeben und ihre Entscheidung so schnell wie möglich treffen werde. Demzufolge seien die Voraussetzungen, von denen die Reparationskommission die Prüfung des Antrages abhängig gemacht habe, nach besten Kräften erfüllt worden.

Die Viehablieferung.

Von dem von Deutschland an Frankreich abzuliefernden Vieh sind, wie die Blätter melden, bis zum 1. Juni abgeliefert worden: 42453 Rinder, 67478 Schafe, 7875 Biegen und 7176 junge Pferde und Zuchtstuten.

Frankreich beharrt auf der Entwaffnung Deutschlands. Der Kammerpräsident für auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Raynouds an: Die Kammer beschließt im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern die völlige Entwaffnung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf, zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entwaffnungsbedingungen durchgeführt werden.

Die Frage der deutschen Schuld. Nach einer Sachvermittlung aus London fragte im Unterhause ein Abgeordneter, ob der englische Finanzminister, der mit dem französischen Sachverständigen über die Frage der deutschen Schuld verhandelt, ein Mitglied des Komitees sei, das im November 1918 einen Bericht erstattet habe, in dem gesagt worden sei, Deutschland könne 21 Millionen Pfund Sterling bezahlen. Außenminister Lloyd George antwortete: „nein“.

Heber die französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen erklärte der französische Handelsminister Isaac einem Redakteur des „Echo de Paris“, die Beratungen hätten noch zu keinem praktischen Ergebnis geführt. Es sei ja auch nur ein Beginn gewesen, ein erster Meinungsaustausch, man habe sich gegenseitig Kenntnis genommen und die Delegierten hätten sich nach Branchen verteilt. Man habe dann festgestellt, daß zwei oder drei Industriezweige fehlten, um die Verhandlungen gründlich führen zu können. Dieser Fehler werde beseitigt sein, wenn die Deutschen zurückkehren. Auf die Frage, ob der Minister glaube, daß man das nächste Mal zu einem Ergebnis kommen werde, antwortete er: „Ja, wenn alles gut gehen wird, werden wir ein Abkommen erzielen, namentlich für die Metallurgie und über die Farben.“ Auf die Frage, ob alles von den Verhandlungen in Spa abhängig, erklärte der Minister: „Unsere Unterhaltungen sind unabhängig von der Konferenz von Spa. Es handelt sich bei ihnen nur darum, die Wiederaufnahme der Geschäfte im allgemeinen Interesse ins Auge zu fassen. Was wir wollen, ist, nichts zu vernachlässigen, was die Produktion der Industrie und die Wiederaufnahme des Handels fördern kann. Wir haben von der einen wie von der anderen Seite das gleiche Interesse daran, daß die hauptsächlichsten Industrien sowie wie möglich produzieren können. Auf dieser Basis haben wir uns vereinigt, indem wir die politischen Fragen, ja selbst die Fragen der Auslegung des Vertrags von Versailles beiseite ließen.“

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Als britische Delegierte werden an der Finanzkonferenz in Brüssel Lord Chalmers, der vor dem Kriege an der Spitze des Schatzministeriums stand, Sir John Bradburn, Lord Cunliffe, Direktor der Bank von England, und Lord, Direktor der Lloyd's Bank, teilnehmen. Die amerikanischen Vertreter sind noch nicht ernannt. Nach einer holländischen Meldung werden sie lediglich als Zuhörer ohne Votum, die die Regierung binden können, der Konferenz beizuwohnen.

Ausfahrungen gegen die Juden in Budapest.

Budapester Zeitungen melden, daß am 1. Juni in Budapest wieder Ausfahrungen gegen die Juden stattgefunden haben. Ein Trupp von ungefähr 50 Weibern vertrieb die Juden, die an der Donau spazieren gingen. Dann drangen die Weiber in den Speiseraum des Hotels „Ungaria“, wo sie mehrere Tische blutig schlugen, darunter einen jüdischen Mann. Die Gäste ergriffen die Flucht. Einigen jüdischen Offizieren gelang es schließlich, die Führer der Bande festzunehmen und zur Polizei zu übergeben.

Der deutsche Konsul in Teheran ermordet?

Die Darstellung Reuters, daß der deutsche Konsul in Teheran, Wukrow, Selbstmord begangen habe, erwies sich nach einem eingegangenen Bericht des deutschen Stabsarztes Dr. Schuy in Teheran als unrichtig. Herr Wukrow wurde durch eine von außen auf das Konsulatsgebäude abgeschossene Kugel getroffen. Die deutsch-perlische Gesellschaft veröffentlicht folgenden über den Verbleib des Konsuls: Teheran, 2. Juni. Um das deutsche Konsulat in Teheran ist zwischen Angreifern und Verteidigern ein Kampf entbrannt, der unter Anwendung von Bomben und Maschinengewehren mit Erbitterung geführt wird. Ein von Konsul Wukrow in Teheran eingetroffenes Telegramm in französischer Sprache besagt, daß ein Appell an die Gerechtigkeit in einem deutschen Herzen keinen Widerhall finde, der Weg zu den Ausschüssen nur über seine Leiche führe, und daß er nur Befehlen der deutschen Regierung gehorche. Vizekonsul Dr. v. Druffel ist noch nicht in Teheran eingetroffen, sondern anscheinend unterwegs zwischen Tiflis und Teheran. Die englischen Truppen in Teheran haben sich aus Kaswin zurückgezogen; die englische Bank verläßt Teheran.

Hungerdemonstrationen.

Vorankern früh kam es in Graz wegen der hohen Lebensmittelpreise zu schweren Ausschreitungen. Es fanden Zusammenkünfte statt, wobei 6 Personen getötet, 8 schwer verwundet und zahlreiche andere leicht verletzt wurden. In Karlsbad i. Böh. ist vorankern ein dreitägiger Generalstreik verkündet worden. Die Streikenden erscheinen nicht, die Geschäfte sind geschlossen; nur die Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet. Die Ursache des Streikes ist, daß die Bevölkerung seit 7 Wochen kein Brot und seit 5 Wochen kein Mehl erhalten hat. Unter diesem Mangel leiden natürlich auch die Arbeiter, die mit der Bevölkerung sympathisieren. Alle Restaurants, Cafés, Theater- und Konzertsäle sind geschlossen. Die Kurmusik spielt nicht mehr; es wird kein Gepäck von und zu den Bahnhöfen gebracht. Die Eisenbahn verkehrt.

Wie das Wiener Abendblatt meldet, ist die Arbeiterschaft auch in den Bezirken Ebroden, Falkenau, Neubred, Grassitz wegen Summersnot in den Generalstreik getreten.

Fortdauer der Generalstreiks in der 1. Zone.

Der Generalstreik in der 1. Zone Schlesiens dauert an und es ist noch nicht abzusehen, wann er beendet sein wird. Weder bei den Arbeitern noch bei den Arbeitgeberern ist auf ein Nachgeben zu rechnen. Um vermutlich einen Zusammenbruch des Streikes herbeizuführen, hat die Internationale Kommission in den Kreisstädten der 1. Zone zahlreiche Verhaftungen unter den Streikenden vornehmen lassen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zur Abkündigung in Ost- und Westpreußen. In wenigen Wochen fällt die Entscheidung über die künftige Zugehörigkeit des Abkommensgebietes von Ost- und Westpreußen. In allen Teilen Deutschlands rufen sich Tausende zur Reize in die alte Heimat, um ihre Stimme für die deutsche Sache in die Waagschale zu werfen. Das ist ihr durch den Friedensvertrag verbürgtes Recht und ihre heilige Pflicht. Durch keine Maßnahme irgend welcher Art darf ihnen dieses Recht schmälert werden, sondern es muß alles geschehen, um seine Ausübung zu erleichtern. Der Deutsche Schutzbund, der die Sorge für die Förderung der Stimmberechtigten übernommen hat, ist sich bei seiner Tätigkeit vor allem der Schwierigkeiten bewußt gewesen, die der Reise der Stimmberechtigten durch den polnischen Korridor erwachsen, der einen politischen Keil zwischen deutsche Gebiete treibt und es den Polen in die Hand legt, den Stimmberechtigten den Weg zum Ziele nach Willkür zu öffnen oder zu schließen. Allerdings bleibt für alle Fälle der Seeweg offen, aber auch hier steht die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe deutschen Schiffsraumes an die Alliierten der Förderung verhältnismäßig enge Grenzen. Die Deutsche Regierung hat bei der Regierung in Warschau, bei den interalliierten Kommissionen und bei den alliierten Regierungen seit Monaten die ersten Vorstellungen erhoben, um Voraussetzungen für die freie Durchfahrt der Stimmberechtigten zu erhalten. Die polnische Regierung ist immer wieder der Entscheidung aus dem Wege gegangen; jetzt, wo die Abkündigung unmittelbar bevorsteht, muß sich zeigen, ob Polen bereit ist, das Selbstbestimmungsrecht in Ostpreußen und Westpreußen anzuerkennen, und wenn das nicht der Fall ist, ob es den Alliierten mit dem Selbstbestimmungsrecht ernst ist, indem sie ihm auch gegen Polen zum Siege verhelfen werden.

Die Brigade Döberitz. Das Reichswehrministerium legt Wert auf die Feststellung, daß die Brigade Döberitz keine nach politischen Grundfragen ausgeübte Truppe, sondern eine höchst unpolitische militärische Abteilung ist. Ihre Verwendung liegt in der Hand des Reichspräsidenten. Für einen bestimmten Ort ist diese Verwendung nicht vorgesehen.

Das Abkommen der Hamburg-Amerika-Linie. Zur Erläuterung des bereits gemeldeten Abkommens der Hamburg-Amerika-Linie mit dem Harriman-Konzern gehen und von der Verwaltung der Gesellschaft noch folgende Nachrichten zu, die auf in New Yorker Zeitungen veröffentlichten Mitteilungen beruhen. Die Hamburg-Amerika-Direktoren hatten ursprünglich nur mit der Firma Harriman u. Comp. verhandelt. Nachdem diese Verhandlungen zum Abschluß gelangt waren, wurde es für wünschenswert erachtet, die Aera-Linie mit in das Abkommen hineinzuziehen. Dies wurde dadurch ermöglicht, daß der Harriman-Konzern sich in den Besitz des überwiegenden Teiles der Aktien der American Ship- and Commerce-Company setzte, die ihrerseits die Aera-Linie kontrolliert. Unverkündet wird die Finanztransaktion dadurch gekennzeichnet, daß Harriman als Präsident an die Spitze der American Ship- and Commerce-Company tritt, in deren Leitung zwei weitere Vertreter seines Konzerns abgeordnet werden.

Polen.

Politische Kundgebungen. Anlässlich der für gestern angelegten Einbringung des Gesetzes gegen revolutionäre Umtriebe versammelten sich in der Nähe des Volkshauses in Gdansk, auf dem eine rote Fahne aufgezogen war, etwa 20000 bis 25000 Personen, die gegen 1 Uhr mittags mit den sozialistischen Kammerabgeordneten an der Spitze nach dem Parlamentsgebäude zogen. In der Nähe des Parlamentsgebäudes trat die Polizei dem Zuge entgegen. Die Beamten hatten Wäbe, die andringenden Mähen aufzuhalten und trieben schließlich die Menge mit Gummikugeln und Säbeln zurück. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Belgien.

Prozess gegen flämische Professoren. Vor dem Schouwergericht in Gent werden am 5. Juli 85 Professoren der ehemaligen flämischen Hochschule in Gent abgeurteilt werden.

Türkei.

Der Kampf gegen die türkischen Nationalisten. „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel, daß in Verantwortung des Ultimatum der türkischen Nationalisten, welches die Zurückziehung der britischen Streitkräfte aus Syrien forderte, englische Schiffe im Marmara-Meer die Stellung der Nationalisten blockieren haben. Die britischen Abteilungen sind aus Syrien in Richtung von Adabagar vorgezogen, um die dortigen Verbindungen zu durchbrechen. Es

liegt nicht in der Absicht der Briten, die nationalistischen Gebiete zu besetzen.

Einige jüdische Weltkongresse. Am 4. Juli wird in London eine jüdische Weltkonferenz stattfinden, die sich mit den Fragen der Kolonisation Palästinas und deren Finanzierung befassen wird.

General Verhinga tritt zurück. Aus Washington wird gemeldet: General Verhinga, der die amerikanischen Truppen in Frankreich befehligte, hat seinen Rücktritt aus dem Heere eingereicht. Der General wird sich mit der Politik beschäftigen.

Deutsches und Sächsisches.

Miela, den 9. Juni 1920.

Wirtschaftlicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberstadt abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtv. Gaben und Koberger. Als Vertreter des Rates waren Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Dr. Frede anwesend. Der Zuhörerraum war schwach besucht. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Koberger.

1. Ermietung des Obergeschosses des Kammergebäudes in Kaiserstr. 1/68. Der Rat hat beschlossen, die im Obergeschoss des Kammergebäudes in der Kaiserstr. 1/68 liegenden Räume, zusammen 415 Quadratmeter groß, von der Reichsvermögensstelle zu ermieten. Die Räume, die zur Unterbringung von Wohnstätten für die Verwendung finden sollen, brauchen nur nach Bedarf übernommen zu werden und auch die Anzahlung erfolgt nur für in Anspruch genommene Räume. Der Mietpreis beträgt drei Mark für den Quadratmeter, der Stadt. Jeder rente an, das Gebäude überhaupt auf Kosten der Stadt zu erwerben. Das Kollegium stimmt dem Ratbeschlusse zu.

2. Bewilligung von Kosten zu Aufführungen der Sächsischen Schaubühne. Ueber das für hier geplante Gastspiel der Sächsischen Schaubühne ist bereits in den Mitteilungen aus der Kollegsion vom 3. Juni berichtet worden. Der Rat hat beschlossen, für 16 Vorstellungen Zulage zu geben, und die gestellten Bedingungen — unentgeltliche Bereitstellung des Theatersaales, Licht und Heizung, des etwa erforderlichen Bühnenvorbaus und von sechs Arbeitern zum Auf- und Abbau der Bühne, Uebernahme von 50 Prozent Reise- und Transportkosten der Kurie — zu erfüllen. Herr Stadtv. Gantner wünschte, daß dem Verein für Volksbildung ein Einfluß auf die Auswahl der Stücke und die Ausgabe der Eintrittsermächtigungen zugesprochen werde. Das Kollegium stimmte dem Ratbeschlusse und dem Vorschlage Gantners, daß bei der Auswahl der Stücke der Verein für Volksbildung zu hören ist, zu. Wegen der Eintrittsermächtigungen sah das Kollegium von einem Beschlusse ab, da es annahm, daß der Rat in dieser Frage sowie der Verein für Volksbildung hören werde.

3. Erstattung nachweisbarer Lohnausfalls an Mitglieder der Sächsischen Kollegsion. Der Rat hat beschlossen, bei Dienstreisen der Mitglieder der Sächsischen Kollegsion neben den Reisekosten auch nachweisbaren Lohnausfall zu erstatten. Der Beschlusse soll auch Anwendung finden auf die vor einiger Zeit stattgefundene Reise nach Jivdan zum Anlaß des Kasaktagungens für das Gaswerk und auf den Besuch des Tächt. Gemeindetages in Dresden. Das Kollegium trat dem Ratbeschlusse zu.

4. Einbau von Wohnungen. In den Grundstücken Kaiserstr. 1/68, 1/69, 1/70, 1/71 und 1/72 soll je eine Wohnung eingebaut werden. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 7000 Mark. Das Kollegium stimmt der Vorlage zu.

5. Wahl der juristischen Stadtrates. Herr Stadtrat Dr. Frede wird, wie schon bekannt, von seinem Posten scheiden, da er die Praxis des verstorbenen Herrn Rechtsanwalt Friedrich zu übernehmen gedenkt. Herr Vorsteher Koberger bemerkt, daß beide Seiten des Kollegiums dem Willen des Herrn Dr. Frede als Stadtrat volle Anerkennung zuteil werden ließen. Er habe sein Amt in unparteiischer und gewissenhafter Weise und mit großer Sachkenntnis geführt. Der Vorsteher brachte hierauf ein Gedächtniswort des Herrn Stadtschreiber Herrn. Miela, zur Verlesung, worin dieser bittet, ihm die fürwiederholende juristische Stadtratsstelle zu übertragen. Bei der hierauf stattgefundenen Wahl wurde Herr Stadtschreiber Herr Miela mit 17 Stimmen zum juristischen Stadtrat gewählt. Die Stadtschreiberstelle ist ausgefallen worden. Herr Stadtv. Gantner erklärte, daß die Ausschreibung nicht in der Weise erfolgt sei, wie vom Stadtv. Kollegium beschlossen worden sei. Das Kollegium habe gewünscht, daß nur gelangt werden solle, daß die Stelle in der Verlobungsordnung einzeln sei. In der Ausschreibung sei aber die Einzelung in die 9. Klasse der Verlobungsordnung und bei Bewählung in die 10. Klasse zugesichert. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß der Rat geglaubt habe, im Sinne des Beschlusses des Kollegiums zu handeln und daß die Zulassung der eventuellen Einzelung in die 10. Klasse der Verlobungsordnung nur erfolgt sei, um zu erreichen, daß sich Bewerber melden, die sich bereits anderwärts in städtischen Verwaltungsdiensten bewährt haben. Herr Stadtv. Koberger war wie Herr Miela der Meinung, daß der Rat dem Beschlusse des Kollegiums nicht Rechnung getragen habe, während die Herren Stadtv. Schönfuß und W. Schneider der Auffassung des Rates beitraten.

6. Verchiedenes. Herr Stadtv. Hofmann fragt an, ob der Rat es für möglich halte, daß auch unsere Schulkinder an dem amerikanischen Wettbewerb der Quäckerhilfe beteiligt werden könnten. Die Quäckerhilfe sei in zunächst nur für die Großstädte geplant gewesen, aber sie würde jetzt auch Orten bei Leipzig und der Stadt Pirna zuteil. Auch unsere Kleiner Kinder seien sehr unterernährt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß bisher Schritte in dieser Richtung ausichtslos gewesen seien, da das Hilfswort lediglich für die Großstädte bestimmt gewesen sei. Weisen a. B. habe die Quäckerhilfe nur mit Mühe erreicht. Es sei auch erst noch festzustellen, ob das Wettbewerb in Pirna von der Quäckerhilfe ausgehe. Er werde aber Erkundigungen einziehen und eventuell versuchen, auch für unsere Stadt etwas zu erreichen. — Herr Stadtv. Gantner brachte die Anrede-Schaden vom 15. März dieses Jahres zur Sprache. Die Betroffenen, nicht nur die Hausbesitzer, sondern auch die Mieter, stellten Schadenersatzansprüche. Er sei der Meinung, daß das Tumultschädengesetz vom 12. Mai dieses Jahres nur für künftige Schäden, also nicht auch für die Schäden vom 15. März dieses Jahres gültig sei. Vielleicht könne Herr Bürgermeister Dr. Scheider Aufklärung geben. Da die Anmeldung des Schadens innerhalb dreier Monate seit dem Eintritt des Schadens erfolgen müsse, wäre die Frist für die Anmeldung der Anrede-Schaden vom 15. März am 15. Juni abgelaufen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß die Anfrage unerwartet komme, und eine Auskunft daher sofort nicht möglich sei. — Herr Vorsteher Koberger verlas eine Eingabe der Ortsgruppe Miela des Gemeindebeamtenbundes, worin diese um die Gewählung des Sozialen Ausschusses der Monatsbezüge auch für den Monat Juni auf die kommende Behaltsreform hin erucht. Welche Besuche lagen auch vor von der Lehrerhaft der Volksschulen und der Oberstadt. Das Kollegium